

Buchbesprechungen

Notwendig, hilfreich und problematisch

Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung.

Herausgegeben von Klaus J. Bade. München: Verlag C. H. Beck
1994. DM 14,80

Die Diskussion über den notwendigen Wandel von der Ausländerpolitik zur Einwanderungs- und Integrationspolitik kommt nur schleppend voran. In der politischen Öffentlichkeit gleicht sie einer SpringprozeSSION, indem nach jeder größeren Gewalttat gegen Migranten wohlfeile Erklärungen abgegeben werden, denen praktische Schritte nicht folgen. Insbesondere die Bundesregierung, allen voran der Kanzler selbst, läßt nach Brandanschlägen schöne Sonntagsreden verbreiten, die folgenlos bleiben. Vielmehr werden Ausländer nach einigen Wochen fröhlich wieder im Zusammenhang der Kriminalitätsstatistik, vor allem der Bedrohung durch organisierte Kriminalität thematisiert. Und ebenso hemmungslos wird in Wahlkämpfen die „Überfremdungsangst“ produziert und dann ausgebeutet, wobei die neueste Strategie darin besteht, das Schlimmste anzukündigen, die Ankündigung auf öffentlichen Protest hin (und dieser transportiert wider Willen eben auch die bekämpfte Botschaft) zurückzunehmen, damit man dann als Biedermann um so ungenierter von der Stabilisierung des inneren Friedens reden kann, wenn weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Einwanderung als Kriegserklärung – das ist die Strukturfolie dieser Abläufe.

Demgegenüber ist das Manifest der 60 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen ein notwendiger und hilfreicher Diskussionsbeitrag, der die Diskussion mit fundierten Informationen, begründeten Positionen und konstruktiven Handlungsvorschlägen bereichert. Das breite politische Meinungsspektrum der Beteiligten symbolisiert den Konsens über viele politische Positionen hinweg, der in der Einwanderungsdiskussion inzwischen erreicht ist, allerdings gibt es dabei auch problematische Forderungen.

Insbesondere die kurzsichtige, auf Arbeitsmarkt und Kapitalwertungsinteressen fixierte neoliberale Forderung nach Arbeitskräfteimport ist kritisch zu bewerten und strikt von einer Position zu unterscheiden, die sich an einem gesellschaftlichen Gesamtinteresse oder an der Realisierung von Menschenrechten orientiert.

Das Manifest selbst besteht aus einem gut lesbaren, für eine breitere Öffentlichkeit geeigneten ca. 50seitigen Text, der durch „erläuternde Beiträge“ der neun Verfasser und einer Verfasserin des Manifestes ergänzt wird.

Die drei ersten Abschnitte stecken den Diskussionshorizont ab. Klaus J. Bade analysiert das „Tabu Migration“ und setzt sich kritisch mit der bisherigen Migrationspolitik auseinander. Dann werden materialreich zwei „Rahmenbezüge“ betrachtet, einmal die „Weltbevölkerung und Weltwanderung“ (Peter J. Opitz) und die „Bevölkerung und Wanderung in Europa“ (Rainer Münz). Der ökonomisch begründete Bedarf an Arbeitskräften wird dann von Meinhard Miegel begründet, politische Gestaltungsaufgaben werden von

Dieter Oberndörfer („Multikulturalismus in der Einwanderungsgesellschaft“) und Claus Leggewie („Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik“) reflektiert.

Der soziologische Beitrag („Ethnische Vielfalt und Akkulturation im Eingliederungsprozeß“) ist von Friedrich Heckmann formuliert, die Forderungen für die Veränderung des Bildungswesens werden von Ursula Boos-Nünning begründet.

Den rechtswissenschaftlichen Part schließlich haben Otto Kimminich („Minderheiten, Volksgruppen, Ethnizität und Recht“) und Michael Wollenschläger („Migrationspolitik und Zuwanderungsrecht, Staatsbürgerschaft und Integration“) mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen übernommen. Das Memorandum ist also ein Text mit unterschiedlichen fachlichen Akzenten, einem allgemeinen Konsens in der Sache und gleichzeitig unterschiedlichen Auffassungen. Die Kritik muß deshalb auch Gegensätzliches betonen:

1. Geradezu wohltuend ist die kritische Auseinandersetzung mit der bisherigen Ausländerpolitik (1. und 7. Abschnitt). Bade kritisiert recht genau die politische Ausnutzung der Fremdenfeindlichkeit und zeigt auf, welche fatalen Folgen sich aus dem migrationspolitischen Nichtstun ergaben.

2. Auch die Analyse der globalen Dimensionen von Migration ist präzise durchgeführt und verdeutlicht die Dringlichkeit einer vielleicht schon vergeblichen politischen Regulierung. Denn die vier zentralen Prozesse – Entkolonialisierung und ihre Folgekriege, das arbeits- und migrationsproduzierende Weltwirtschaftssystem, das Wachsen der Weltbevölkerung und die Zerstörung der natürlichen Ressourcen –, können nur in globaler Politik beeinflußt werden. Es muß freilich bezweifelt werden, daß der „Abbau überzogener Anspruchshaltungen und Lebensstile“ (S. 100) dabei eine so primäre Aufgabe ist, wenn die Funktionsweise des ökonomischen Systems noch nicht einmal ansatzweise kritisiert wird.

3. Konkrete Handlungskonzepte und Gestaltungsformen werden im großen und ganzen nur für den Bildungsbereich und das Integrationsrecht formuliert. An diesen beiden Konfliktlinien zeigt die Analyse recht überzeugend, daß soziale Probleme aus Ungleichheit resultieren und die Politik Gleichberechtigung herzustellen und für fairen Chancenausgleich zu sorgen habe. Auch das „Bundesministerium für Migration, Integration und multikulturelle Angelegenheiten“ gehört hierher.

4. An diesem Punkt der Argumentation ist die von dem Memorandum forcierte Diskussion fortzusetzen. Die Dramatisierungsstrategie ist dabei zweifellos notwendig, um die Versäumnisse der Vergangenheit zu skandalisieren und eine Trendwende einzuleiten. Ob aber die Migration strukturell so bedeutsam ist, wie die Argumente zur Skandalisierung der Verschleppungspolitik hervorheben, ist zu diskutieren. Die Umstellung auf Einwanderungspolitik hat die traditionellen Politikbereiche und die jeweils zuständigen Administrationen zu verändern. Zu groß ist die Gefahr der kanadischen Entwicklung, daß ein blaßes „Folk-and-Dance“-Ministerium entsteht, dem das Innen- und das Finanzministerium das multikulturelle Wasser abgraben. Vielleicht muß die Argumentation der kritischen Skandalisierung an diesem Punkt der Umsetzung auf „Normalisierung“ umschalten und die unauffällige Selbstverständlichkeit einer integrativen und zugleich pluralistischen Politik postulieren. Die große Bedeutung des durch Migration entstehenden Multikulturalismus wird ja vor allem durch *Ängste* und eine sie instrumentalisierende Politik hervorgehoben. Demgegenüber soll eine analytisch begründete Perspektive den Vorrang der „farbenblinden“ Verteilung von Arbeit, Reichtum und Partizipation betonen. Wenn die fällige „Generaldebatte“ (S. 84) nämlich nur unter dem Etikett „Migration“ durchgeführt wird, dann haben die „Überflutungsängste“ immer schon gewonnen.

5. Die Diskursivität einer solchen Generaldebatte wird im Memorandum immer wieder hervorgehoben. Insbesondere bei den bildungs- und rechtspolitischen Forderungen (7. und 9. Abschnitt) werden die normativen Implikationen – neben den eigenen Interessen der deutschen Gesellschaft an Einwanderung, die im Memorandum erfreulicherweise offen benannt werden – herausgearbeitet. Demgegenüber haben andere Formulierungen wie die von den „Verkehrsregeln für die Begegnung von Mehrheit und zugewander-

ten Minderheiten“ (S. 38) oder die von den „Akkulturationsstrategien, die vor allem auf die zweite Generation der Einwanderer gerichtet sind“ oder die, daß „geeignete Instrumente zur sozialen Integration... bereitzustellen“ (S. 56) seien, doch einen stark technokratischen Touch. Auch bestehe die Gefahr, daß der Zusammenhang, den die politische Psychologie mühsam in Erinnerung gebracht hat, wieder aus dem Bewußtsein verschwindet. „Hintergründe des heftigen Widerstandes gegen eine Öffnung für Einwanderung und die damit verbundene kulturelle Vielfalt bilden in Deutschland die auch aus ‚klassischen‘ Einwanderungsprozessen bekannten Ängste vor ökonomischer und sozialer Konkurrenz, gruppenpsychologische Abwehrmechanismen gegen ‚Fremde‘ und kulturelle Überfremdungsängste.“ (S. 35)

Wenn die hier im Blick stehende Ebene der Betrachtung von Gründen nicht vermittelt wird mit einer Analyse der praktischen Politik, wird die kommunikative Integrationsaufgabe unendlich schwierig. Faßt man aber den Sachverhalt ins Auge, daß die Politik in Deutschland Ängste produziert, damit sie sie zum Machterhalt einsetzen kann, werden die erheblichen Handlungsspielräume für eine Politik der Gleichberechtigung und der Einwanderung besser erkennbar.

6. Vollends technokratisch wird die Argumentation des Memorandums in dem von Meinhard Miegel geschriebenen 4. Abschnitt. Seine Position läuft in vielen Konsequenzen auf das strikte Gegenteil anderer Forderungen des Textes hinaus. Schlimmer noch: Er postuliert gerade die an partikularen Interessen der Verwertung von Arbeitskräften orientierte Einwanderungspolitik, deren Fatalität in anderen Teilen des Memorandums kritisiert wird. Unter der These „Einwanderung fördert Wirtschaft nur unter bestimmten Voraussetzungen“ (S. 32) wird die zentrale Behauptung dieser bestimmten Auffassung von Einwanderungspolitik folgendermaßen formuliert:

„Wenn auch in Zukunft viele Einwanderer nach Deutschland kommen, dann kann die weitere wirtschaftliche Entwicklung unter der Bedingung ihrer raschen und umfassenden Integration positiv, anderenfalls aber negativ beeinflusst werden. Die Integration von Einwanderern hängt wesentlich ab von Lebensalter, Motivation, Bildungsniveau, beruflicher Qualifikation, Wirtschafts- und Arbeitskultur und nicht zuletzt von der Integrationsbereitschaft auf beiden Seiten. Dabei gilt für die Einwanderung: je jünger, motivierter und qualifizierter die Einwanderer, desto günstiger ihr Einfluß auf die Volkswirtschaft. Es geht dabei aber nicht um irgendwelche Qualifikationen, sondern um solche, die in das sich rasch ändernde Anforderungsprofil der deutschen Wirtschaft passen.“ (S. 32 f.) Selbst die Rede von „den Interessen der deutschen Gesellschaft“ löst sich hier in Luft auf: Es geht schlicht um die Interessen der Unternehmen bzw. der Wirtschaftssegmente, die ein flüssiges Arbeitskräfteangebot zur beliebigen Verwertung und Vernutzung benötigen. Die neoliberale Wirtschaftsdogmatik fordert die Verfügbarkeit einer disponiblen Masse, mit der gleichzeitig globale Deregulierungsstrategien durchgesetzt werden können. Stehen die ausländischen Arbeitskräfte in der geforderten Zahl und der verlangten „Qualität“ zur Verfügung, kann das schon eingetretene Soziale Dumping, die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die Senkung der Arbeitnehmerinkommen ungehemmt durchgesetzt werden. Wenn nur genügend billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, können vom Kapital alle Verteilungsstrategien (Verteilung von Arbeit, Einkommen und Finanzierung der sozialen Sicherheit) bequem abgewehrt werden. Wenn nur genügend Aspiranten für befristete und schlecht bezahlte Arbeit herbeigeschafft werden können, kann die Arbeitslosigkeit der übrigen leicht als selbstverschuldet etikettiert werden, können deutsche und ausländische Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden, kann der Disziplinierungsdruck der Massenarbeitslosigkeit beliebig erhöht werden usw. Wer angesichts von 20 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union im Jahr 2000 mit den kurzfristigen Arbeitsmarktargumenten eine Einwanderungspolitik begründet, belebt nur die alten Illusionen der Gastarbeiterpolitik. Der gesellschaftspolitische Rahmen, in dem sich die Miegelschen Forderungen bewegen, ist nicht zuletzt der einer autoritären Technokratie. Deshalb geht es um die „Erhöhung der Erwerbsneigung“, „Verminderung des Anteils Scheinerwerbstätiger an der Erwerbsbevölkerung“, „Aus-

wahl der Zuwanderer unter Gesichtspunkten ihrer Erwerbsneigung“ u. ä. Auch wenn Miegel die Alternativen zur Anwerbung von jungen, dynamischen und unbegrenzt anpassungsfähigen Arbeitskräften diskutiert, geht diese Diskussion von fixen politischen Verteilungsparametern aus und postuliert die unbegrenzte Flexibilisierung und Belastung der Menschen zum Wohle der Wirtschaft.

Insgesamt ist das Memorandum ein überfälliger Diskussionsbeitrag mit fachlichem Gewicht. Auch wenn kritisch auf die problematischen Sachverhalte hinzuweisen ist, enthält es für die gegenwärtige Diskussion wegweisende Perspektiven, insbesondere weil es mit einem Abschnitt „Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik im Einwanderungsland“ (Leggewie) abgeschlossen wird.

Franz Hamburger

Immigrantenkinder und Schule

Transformationsprozesse in traditionellen Familienwelten als Voraussetzung für schulisches Überleben von Immigrantenkindern. Andrea Lanfranchi. (Reihe Biographie und Gesellschaft) Opladen: Verlag Leske + Budrich 1993, 307 Seiten.

Fallstudien sind für pädagogische Interventionen und gerade für interkulturelle Erziehung von größter Relevanz. Arbeiten dieser Art sind denn auch in den vergangenen Jahren gehäuft erschienen. Nicht immer ermöglichen sie freilich die gewünschten strukturellen Einsichten. Dies scheint dem Rezensenten ein Vorzug der vorliegenden Studie zu sein.

Der Autor, Familientherapeut im Schulpsychologischen Dienst in Zürich und selbst Immigrant, hat drei südtaliesische Immigrantenfamilien zum Gegenstand seiner Untersuchung gemacht, die er unter Berufung auf Hildenbrand als „Fallrekonstruktion“ – im Gegensatz zur bloßen Fallbeschreibung – charakterisiert. In praktischer Hinsicht geht es dem Autor darum, die Handlungskompetenz der Pädagogen und Pädagoginnen so zu fördern, „daß sie Zuschreibungsprozesse unter Kontrolle halten“ (S. 51). Vor allem aber strebt er „Verbindungsmodi“ oder „Brücken“ an „zwischen den strukturspezifischen Wirklichkeitskonstrukten der Familien und den lokalspezifischen Organisations- und Normstrukturen der Schule“ (S. 52).

Anstoß für das Vorhaben war offensichtlich die hohe Quote von Sonderschülern unter Immigrantenkindern. Nach der Erörterung des Begriffs „Schulschwäche“ wird der statistisch hohe Anteil von Immigrantenkindern in Sonderklassen referiert, ein Zustand, der inzwischen ja auch in der Bundesrepublik mehr wissenschaftliches Interesse findet. Daraufhin diskutiert der Autor Erklärungsansätze für Schulschwächen. Von den verschiedenen sonderpädagogischen Paradigmen bevorzugt er die „ökosystemische Perspektive“. Im letzten Abschnitt der Problemexposition wird das Forschungsfeld Migration und Schule kritisch in Augenschein genommen. Im Mittelpunkt eines weiteren Kapitels, das den Horizont der Fragestellung klären soll, stehen kulturanthropologische und gesellschaftspolitische Hintergründe südtaliesischer Familien wie auch deren Wandlungsprozesse nach der Emigration. Dann begründet der Autor seine Methode. Er bezieht sich dabei auf die „Grounded Theorie“ von Strauss und auf die „Objektive Hermeneutik“, der auch der Ansatz der „Fallrekonstruktion“ verpflichtet ist. Ziel ist weder die Generierung noch die Bestätigung, sondern die zunehmende „Verdichtung“ von Hypothesen im Sinne der „Strukturgeneralisierung“ (Oevermann). Die Einzigartigkeit des Falles wird dabei beachtet. Repräsentative Aussagen werden nicht angestrebt. „Strukturkenntnis“ heißt zum Beispiel, daß eine bestimmte familiäre Konstellation die und die Handlungsalternativen ausschließt oder die und die Entwicklungsmöglichkeiten offenläßt. Auch die Auswahl der Fälle ist wohlüberlegt. Der Autor ist nach dem Kriterium der minimalen und gleichzeitig maximalen Kontrastierung vorge-